



Gewerkschaft der Polizei - Max-Giese-Straße 22 - 24116 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
Postfach 71 21

24171 Kiel

Telefon: 04 31 - 1 70 91
Telefax: 04 31 - 1 70 92
E-Mail: gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de
Internet: www.gdp-schleswig-holstein.de

Bürozeiten:
Mo / Di / Do 7.30 bis 16.30 Uhr
Mi 7.30 bis 15.30 Uhr
Fr 7.30 bis 13.00 Uhr

Bankverbindung
BLZ 210 101 11 - Konto-Nr. 1 050 030 600

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben vom

Unser Zeichen

Datum

60.03
rr/schü

27. April 2009

**Strategie 2012 und Zukunft von Polizeidienststellen im ländlichen Raum
Bericht der Landesregierung - Drucksache 16/2452
hier: Ihr Schreiben vom 27. März 2009**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

die Gewerkschaft der Polizei bedankt sich für die Gelegenheit, zum o. g. Bericht Stellung nehmen zu dürfen.

Das Projekt 2012 ist in unmittelbarem Zusammenhang mit der Reformkommission III (Reko III) zu sehen. Zeitlich abgestimmt zu der Evaluierung der Reform ist dieser Auftrag erteilt worden. Folgerichtig war es deshalb, sich die Organisationseinheiten, die die Reko III in ihrer Überprüfung ausgelassen hatte, noch einmal zu betrachten. Ausdrücklich sei hier an die Betrachtung des Landeskriminalamtes und der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und Bereitschaftspolizei hingewiesen. Auch für diese Organisationseinheiten gilt es, Doppelarbeit zu vermeiden und Effektivität zu garantieren.

Die Landespolizei hat als wesentliches Merkmal eine gut funktionierende Breite und Tiefe, d.h. sowohl in der Alltags- als auch in der Spezialarbeit ist ein wesentliches Qualitätsmerkmal zu finden.

Schon bei der Vorstellung des Berichtes durch Innenminister Hay haben wir es begrüßt, dass organisatorische Veränderungen bei Polizeidienststellen in der Fläche nicht nach einem landesweiten Raster oder Standard, sondern Einzelfallbetrachtungen, die die regionalen, personellen und kommunalpolitischen Gegebenheiten berücksichtigen, vorgenommen werden sollen.

Allerdings umfasst der vorliegende Bericht noch viele weitere Facetten möglicher polizeilicher Organisationsentwicklungen, auf die wir im Folgenden eingehen.

Wie Sie wissen, beklagt auch die Gewerkschaft der Polizei seit längerem, dass die Beschäftigten der Landespolizei unter hoher Arbeitsbelastung leiden. Der Personalbestand - aber auch dessen Bezahlung - wird dieser Belastung seit langem nicht gerecht. Die im Bericht zitierte Analyse der Polizeiführung zur Aufgabenentwicklung bestätigt unsere Auffassung eindrucksvoll!

Vor dem Hintergrund von drei umgesetzten Organisationsreformen der Landespolizei in den vergangenen 15 Jahren hielten wir die "Projektierung" der Strategie 2012 als weitere Organisationsreform für problematisch; zum einen, weil wir glauben, dass die Polizei nach dieser Zeit ständiger Reformen zur Ruhe kommen muss und - vor allem – weil wir keine erheblichen "Organisationsmängel" erkennen und somit auch an keinen nachhaltigen "Gewinn" glauben. Die Landespolizei in Schleswig-Holstein ist gut aufgestellt, arbeitet effektiv, kommt aber wegen des vermehrten Einsatzaufkommens, der Entwicklung der Kriminalität und dem Mehr an geschlossenen Einsätzen deutlich an ihre Grenzen.

Im Einzelnen:

- Begrüßt wird die Bewertung, dass bei der Entwicklung landesweiter Standards, **regionalen Besonderheiten Rechnung zu tragen** ist. Unser Flächenland ist sehr unterschiedlich strukturiert. Organisation und Aufgabenwahrnehmung müssen in ländlich strukturierten Bereichen nicht städtischen Strukturen gleichen.
- Die **breiten Führungsspannen** auf Behördenebene sind das Ergebnis der letzten Organisationsreform (Reko III). Schon bei Abgabe unserer Stellungnahme haben wir auf diese Entwicklung hingewiesen. Dem kann unseres Erachtens nur durch behutsame Organisationsentwicklung unter Beachtung des vorgenannten Grundsatzes abgeholfen werden.
- Eine Überlegung für eine so genannte "**3-Säulen-Polizei**" suggeriert, dass die Landespolizei kaum spezialisiert ihre Aufgaben wahrnimmt. Es haben sich über Jahre sinnvolle Spezialisierungen entwickelt, die von GdP und Personalvertretung nicht nur anerkannt, sondern auch für zukunftsfähig erachtet werden. Das sogenannte "3-Säulen-Modell" für Stadt und Land birgt für das Sozialgefüge von Polizeidienststellen Gefahren, die nach unserer Überzeugung mittel- und langfristig zu Qualitätsverlusten führen, wenn sich in solchen Dienststellen u. a. Abschottungsphänomene und Neidkomplexe zwischen Einsatz-, Ermittlungs- und Betreuungspolizei entwickeln. Im Übrigen geht bei einem solchen Modell mangelnde Flexibilität als unerwünschter Partner mit einher.
- Ein gewisses Maß an „**Generalisierung**“ von Polizeibeamtinnen und –beamten hat sich über Jahrzehnte bewährt und vor allem auch das Berufsbild positiv geprägt. Ein hohes Maß an Identifikation fordert nach unserer Überzeugung die Berufsmotivation, welche wiederum zu hoher Arbeitsqualität von Polizeibeamtinnen und -beamten führt. Das gute Image der schleswig-holsteinischen Landespolizei,

das immer wieder von externen Untersuchungen bestätigt wird, ist das Ergebnis dieser Konstellation.

- Die Möglichkeiten, Organisationseinheiten (z.B. Ermittlungsdienste) und Dienststellen zusammen zu legen, auch über Kreisgrenzen hinweg, wurden bisher schon in Einzelfällen sinnfällig genutzt und werden auch in Zukunft im Sinne behutsamer Organisationsentwicklung von uns unterstützt.
- Dies gilt insbesondere auch für die Organisationsentwicklung der Polizei in ländlich geprägten Räumen. Hier hat sich die bisherige Erlass- und damit Verfahrenspraxis durchaus bewährt.

Unsere grundsätzlich positive politische Bewertung der Entscheidungen der Landesregierung zur Strategie 2012 in Bezug auf die Organisation unterhalb der Behördenebene soll aber nicht darüber hinweg täuschen, dass **politische Entscheidungen** gefragt sind, welche Aufgaben von der Polizei nicht oder nicht mehr im bisherigen Umfang wahrgenommen werden sollen. Wer von Schwerpunkten polizeilicher Arbeit spricht, muss auch definieren, was dann "Leichtpunkte" sind. Andernfalls kommen politische Verantwortungsträger nicht umhin, für Personalverstärkung zu sorgen.

Die nur mit einem Satz erwähnten Empfehlungen der Projektarbeitsgruppen 2 und 3 suggerieren keinen dringenden politischen Handlungsbedarf. Hier erwartet die GdP zumindest bei dem Thema Aus- und Fortbildung (PAG 3) zügig politische Diskussionen und Entscheidungen, weil Handlungsbedarf hier offenkundig ist.

Mit freundlichen Grüßen
Der Vorstand
i. A.



Karl-Hermann Rehr
Landesgeschäftsführer